



## FISKALPOLITIK

### KURZBESCHREIBUNG

Fiskalpolitik bezeichnet alle finanzpolitischen Maßnahmen zur Lenkung konjunktureller Entwicklungen. Mit einer sogenannten antizyklischen Fiskalpolitik kann der Staat durch Ausgabensteigerung und / oder Abgabensenkung in einer Rezession Unternehmensumsätze und damit Beschäftigung und Preisniveau stabilisieren. Allerdings hat dies oft zu steigenden Staatsschulden geführt, wenn nach einer Krise die Ausgaben nicht wieder gesenkt und / oder die Abgaben nicht wieder erhöht wurden. Deshalb hat der Bundestag mit der Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz 2009 seine Verschuldungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Dies hat dazu beigetragen, staatliche Defizite und Schulden zu reduzieren. Allerdings erschwert die Schuldenbremse öffentliche Investitionen, was potenziell mit negativen Wirkungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland verbunden ist.

### TREIBER UND DYNAMIK

- Der Staat hat nicht nur in wirtschaftlichen Krisen Schulden aufgenommen, sondern auch wenn das Bruttoinlandsprodukt zunahm und die Beschäftigung stieg.
- Auch langfristig wichtige Aufgaben wurden durch Schulden finanziert; zum Beispiel ein großer Teil der deutschen Einheit<sup>1</sup>. Andere Länder mit vergleichbar hohen Schuldenständen wie Österreich oder Frankreich haben keine solchen Aufgaben finanzieren müssen.
- Die Schuldenbremse wurde 2009 eingeführt, um staatliche Defizite und Schulden zu senken. Nach ihr darf das sogenannte „strukturelle Defizit“ des Bundes nicht höher als 0,35 % des BIP sein und das der Länder nicht höher als 0 %. Ein „strukturelles Defizit“ ist – grob gesagt – das über den Konjunkturzyklus durchschnittliche staatliche Defizit. In einer Wirtschaftskrise kann das tatsächliche Defizit etwa wegen konjunkturell bedingter Einnahmerückgänge steigen, wenn es danach wieder sinkt. Somit ist eine antizyklische Fiskalpolitik mit der Schuldenbremse in Maßen möglich.
- Seit Einführung der Schuldenbremse hat sich der Schuldenstand sowohl durch die positive Entwicklung der Einnahmen infolge der guten Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung<sup>2</sup> als auch durch die für Deutschland sinkenden Kreditzinsen verbessert<sup>3</sup> – nicht zuletzt durch die Niedrigzinspolitik der EZB.
- Allerdings enthält die Schuldenbremse – im Gegensatz zu den Empfehlungen des Sachverständigenrats Wirtschaft von 2007<sup>4</sup> – keine Ausnahmeklausel für die Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen. Dies kann mit dazu beigetragen haben, dass Deutschland zu den OECD-Ländern mit den geringsten öffentlichen Investitionen in % des BIP gehört<sup>5</sup>.

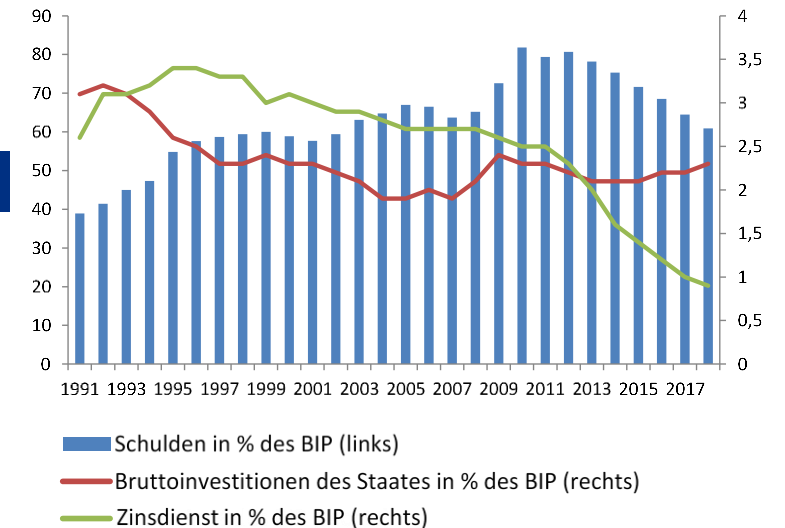
### BEZUG ZUR WIRTSCHAFTSSTRUKTUR 2040

- Eine antizyklische Fiskalpolitik kann – wie auch die automatischen Stabilisatoren und das Kurzarbeitsgeld – helfen, Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Das wirkt dem Verlust von Produktions- und Humankapital entgegen, welches im Aufschwung sowie für das langfristige Wachstum gebraucht wird.<sup>7</sup> Dies hat sich in der Krise in Deutschland ab 2008 gezeigt.
- Eine geringere Staatsverschuldung führt für sich genommen zu einem geringeren Zinsdienst – auch wenn im Moment vor allem die geringe Verzinsung den Zinsdienst treibt. Damit sind im Prinzip in der Zukunft mehr Investitionen möglich.
- Die dennoch weiterhin geringen öffentlichen Investitionen belasten die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland, da die öffentliche Infrastruktur stark komplementär zum privaten Kapitalstock ist. Zudem droht, dass für die Zukunft zentrale Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten nicht ausreichend finanziert werden.

### ZAHLEN UND FAKTEN

- Die staatliche Investitionsquote hat zwischen 2007 und 2009 aufgrund der damaligen Konjunkturpakete zur Bekämpfung der Finanzkrise zugenommen, stagniert aber seitdem weitgehend.
- Der starke Anstieg der Schuldenstandsquote um 16 Prozentpunkte zwischen 2008 und 2010 ist vor allem auf die Maßnahmen zur Rettung des Bankensektors infolge der Finanzkrise ab 2008 zurückzuführen.<sup>6</sup>
- Der staatliche Zinsdienst (Schulden mal Zinsen) lag vor allem wegen der geringen Zinsen bei 0,9 % des BIP. Der durchschnittliche Zins auf die Staatsschulden lag 2018 bei 1,4 %.
- 2018 lag der Schuldenstand bei 60,8 % des BIP.

Abb.: Staatsschulden, staatlicher Zinsdienst und staatliche Bruttoinvestitionen in % des BIP



Quelle: AMECO, Stand 07.05.2019

#### RELEVANTE TRENDBEREICHE

##### (STEEP)

- Social
- ✓ **Technical**
- Economic
- Ecological
- ✓ **Policy**

## QUELLEN

- <sup>1</sup>Zinsmeister, F. (2009) Die Finanzierung der deutschen Einheit: zum Umgang mit der Schuldenlast der Wiedervereinigung. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd. 78, Nr. 2, S. 146-160.
- <sup>2</sup>Deutsche Bundesbank (2019) Zur strukturellen Entwicklung der Staatsfinanzen in Deutschland – Ergebnisse des disaggregierten Ansatzes für das Jahr 2018. In: Deutsche Bundesbank Monatsbericht, Februar 2019, S. 61.
- <sup>3</sup>Deutsche Bundesbank (2017) Zur Entwicklung der staatlichen Zinsausgaben in Deutschland und anderen Ländern des Euroraums. In: Deutsche Bundesbank Monatsbericht, Juli 2017, S. 35-70.
- <sup>4</sup>SVR Wirtschaft (2007) Staatsverschuldung wirksam begrenzen. Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Wiesbaden.
- <sup>5</sup>OECD (2017) Government at a glance 2017. Paris, S. 83.
- <sup>6</sup>European Commission (2015) Eurostat Supplementary Table for the Financial Crisis. Background Note (October 2015), S. 8, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/1015035/2022710/Background-note-fin-crisis-OCT-2015-final.pdf> Zugriff am 06.06.2019.
- <sup>7</sup>Fatás, A. / Summers, L.H. (2018) The Permanent Effects of Fiscal Consolidation. In: Journal of International Economics, Bd. 112, S. 238-250.

## KOMMENTARE UND NOTIZEN



**FISKALPOLITIK**